

«Es braucht Argumente, keine Schlagwörter»

SP-Ständerätin Anita Fetz über die Kritik an den «Abzockern», wo sie hingehört und wo nicht

INTERVIEW: URS BUESS, SERAINA GROSS

Ob Arbeitslosenversicherung oder Steuergerechtigkeitsinitiative, für die SP geht es immer ums Gleiche: die «Abzocker». «Ich halte das für falsch», sagt Anita Fetz. Das Parteiprogramm, das morgen verabschiedet wird, überzeugt sie nicht restlos.

BaZ: Frau Fetz, ein Jahr vor den Wahlen ist die SP nicht in Bestform. Seit dem Taucher 2007 hat sie einige kantonale Wahlen verloren. Warum?

ANITA FETZ. Nun, im Jura haben wir gerade einen Sitz im Parlament gewonnen. Und bei den Regierungswahlen in den Kantonen haben wir auch recht gut abgeschnitten.

Sie gehen also trotz den Niederlagen zuversichtlich ins Wahljahr?

Ja. Die Ablehnung der Revision der Arbeitslosenversicherung in Basel-Stadt hat gezeigt, dass SP-Positionen mehrheitsfähig sind, wenn man vernünftig argumentiert und den Leuten zeigt, wer bei einer Vorlage gewinnt und wer verliert.

Was heisst «vernünftig argumentieren»?

Man sollte nicht bei jeder Abstimmung den «Abzocker» bemühen. Darum ging es nicht bei der Arbeitslosenversicherung. Es ging darum, dass die bürgerliche Mehrheit im Parlament 2003 unverantwortlich stark die Beiträge senkte. Deshalb kam es erst zu diesen Milliardenschulden.

Die «Abzocker» müssen auch für die Steuergerechtigkeitsinitiative hinhalten.

Ja, und das halte ich für falsch. Die Leute, die sich für Politik interessieren, wollen Argumente hören und keine Schlagwörter. Wir sollten die Abzockerkritik dort anbringen, wo sie hingehört: beim Thema Boni. Die Leute, die nur Schlagwörter brauchen, um sich eine Meinung zu bilden, werden von der SVP bedient. Die anderen 70 Prozent wollen Argumente.

Die SP-Delegierten werden heute ein neues Parteiprogramm verabschiedet. Es soll die Mitglieder an die Partei anbinden, Wähler anlocken und so die Macht der Partei vergrössern, schreibt die linke «Wochezeitung». Ist das neue Programm dafür geeignet?

Fangen wir mit dem Positiven an. Eines der stärksten Kapitel ist der ökologische Umbau. Da gibt es eine strategische Vorstellung davon, wie das ge-

«Der SP ist der liberale Bündnispartner in der Mitte verloren gegangen.»

hen könnte und dass es auch darum geht, den Werkplatz zu stärken. Bemerkenswert ist auch das Kapitel über die aktivierende Sozialpolitik. Das hat man bis jetzt nicht gross diskutiert.

Und sonst? Ist das Programm geeignet, Wähler anzuziehen?

Nein, das ist auch nicht seine Aufgabe. Allein schon der Umfang – es sind 55 Seiten – schreckt ab. Als die SP Schweiz gegründet wurde, hatte das Parteiprogramm auf drei Seiten Platz. In einem Restaurant beschwert sich allerdings auch niemand, wenn die Speisekarte reichhaltig ist.

Kritik gibts auch von den Sektionen. Wir wollen keine theorie-lastige Abhandlung, heisst es. Hat sich die Spitze veradministriert?

Das glaube ich nicht. Aber das müssten Sie eigentlich den Autor fragen, alt Parteipräsident Hans-Jürg Fehr,

und nicht die Ständerätin von Basel-Stadt.

Aber das Ganze schwebt schon ein paar Meter über Boden?

Ja, es ist ziemlich abgehoben.

Aktivierende Sozialpolitik. Was ist das?

Es geht um das, was der Basler Regierungsrat Christoph Brutschin zurzeit in der Sozialhilfe macht, aktivieren statt versorgen: Man fördert und fordert, statt einfach nur Geld auszubehalten. Das umfasst auch Arbeits- oder Ausbildungsprozesse, damit Sozialhilfebezügler möglichst wieder auf eigenen Füüssen stehen können. Zudem versucht man, Sozialhilfebezügler in einem zweiten Arbeitsmarkt zu beschäftigen. Solche Sozialfirmen sind ganz wichtig. Die Kunst besteht darin, dass diese nicht das Gewerbe konkurrenzieren. SP-Leute waren führend bei der Entwicklung der arbeitsmarktlichen Massnahmen.

Nur weiss das niemand. In der Sozialpolitik gibt die SVP den Ton an. Warum gelingt es der SP nicht, ihre Lösungen unters Volk zu bringen?

Vielleicht sollte unsere Marketinggruppe solche Informationen viel stärker in den Vordergrund rücken.

Macht die SP eigentlich noch Schulungskurse für ihre Mitglieder?

Ja, diese Kurse gibt es noch. Aber das genaue Programm kenne ich nicht. Wir machen aber auch immer wieder Mitgliederabende, um die Leute argumentativ zu unterstützen. Ich habe da einen pädagogischen Ansatz: Nur wenn die Leute informiert sind, sind sie diesen Schlagwörtern von rechts nicht mehr ausgeliefert. Ich stelle fest, dass das sehr geschätzt wird. Und ich mache das auch sehr gerne.

Worum geht es da zum Beispiel?

Zum Beispiel um die Unterschiede zwischen der Ausschaffungsinitiative und dem Gegenvorschlag. Kürzlich war ich an einer Veranstaltung der SP und da sagte jemand, er sei schon der Meinung, dass Schwerverkriminalität ausgeschafft werden müssten. Ja, das macht die Regierung in Basel-Stadt ja auch. Nur wissen das die Menschen einfach nicht.

Mit dem neuen Programm verabschiedet sich die SP von ihrem Ziel, den Kapitalismus zu überwinden. Sie strebt jetzt eine Wirtschaftsdemokratie an. Was ist das?

Auch das müssten Sie eigentlich den Autor fragen. Ich habe das so übersetzt, dass man wieder mehr auf die ökologisch-soziale Marktwirtschaft setzt und wegkommt von dieser Renditebolzerei. Die bringt uns ja alle unter Druck. Dann geht es auch darum, das Genossenschaftswesen zu fördern. Schliess-

lich würde ich aus dem Begriff auch ableiten, dass die politischen Rahmenbedingungen wieder vermehrt gelten müssen.

Sie sprechen die Bankenregulierung an.

Ja, wir müssen verhindern, dass sich die Geschichte wiederholt. Es darf nicht mehr vorkommen, dass wir mit Steuergeldern eine Bank retten müssen. Ich bin weniger zuversichtlich als auch schon, dass die Schweiz das hinkriegt.

Die Gesellschaft verschiebt sich nach rechts. Die Ausländer gelten als Problem, die Sozialausgaben kommen unter Druck. Wie will die SP gegen diesen Rechtstrend ankämpfen?

Es ist eine Illusion zu glauben, dass die SP das alleine kann. Das ist auch Aufgabe von Zivilgesellschaft und Wirtschaft. Rechtspopulistische Bewegungen erhalten immer dann Auftrieb, wenn die Leute verunsichert sind und wenn ein Teil des Mittelstandes in Existenzängste gerät. Die SP braucht eine liberale bürgerliche Mitte als Verbündete, damit sie wirksam zum Beispiel gegen ausländerfeindliche Strömungen ankämpfen kann. Diese Mitte fehlt uns heute auf nationaler Ebene, zumindest fallweise. Der SP ist der liberale Bündnispartner verloren gegangen.

Um ein solches Bündnis zu schliessen, braucht es auch von der SP Kompromissbereitschaft. Hat sie die?

Natürlich. Um bei der Ausschaffungsinitiative zu bleiben: Die Mehrheit der SP-Fraktion war bereit, einen Gegenvorschlag zur Initiative auszuarbeiten. Zu einer Initiative, die völkerrechtswidrig ist und gegen unsere Verfassung verstösst. Ich möchte betonen,

dass wir zu diesem Schritt bereit waren, obwohl der bürgerlichen Mitte der Mut fehlte, die Ausschaffungsinitiative für ungültig zu erklären.

Die Linken in Ihrer Partei sagen, es brauche keinen Gegenvorschlag, die geltenden Gesetze genügen.

Da haben sie eigentlich recht. Ausschaffungen sind nach dem geltenden Gesetz nicht nur möglich, sie werden auch durchgeführt. Allerdings nicht schweizweit einheitlich. Deshalb kann ich zu diesem Kompromiss stehen. Er ist zudem rechtsstaatlich korrekt, weil er keine Bagatelldfälle aufnimmt und die Einzelfallprüfung verlangt. Ich kann damit leben, dass schwerstkriminelle Ausländer ausgeschafft werden. Zudem müssen laut Gegenvorschlag auch Kantone in Sachen Integration aktiv werden, die sich bisher darum frottiert haben.

Ihr Parteipräsident Christian Levrat hat sich noch kürzlich auf den Standpunkt gestellt, Ausländer seien für die SP kein Thema.

Das sehe ich anders. Das Thema Ausländer beschäftigt die Menschen. Ich erinnere mich noch gut, dass ich 2001 der Partei den Vorschlag gemacht habe, wir sollten uns mehr um die Integration der Ausländer kümmern und zum Beispiel ein Sprachobligatorium fordern. Damals stiess das auf blankes Unverständnis. Heute ist es selbstverständlich. Da hat schon eine Entwicklung stattgefunden.

In der Sozialpolitik ist es mit der Kompromissbereitschaft der SP nicht so weit her. Die 11. AHV-Revision hat sie zusammen mit der SVP versenkt.

Ich persönlich hätte mir vorstellen können, dem Kompromissmodell, das Bundesrat Didier Burkhalter ganz zum Schluss noch brachte, zuzustimmen.

Die bürgerliche Mitte hätte aber Bereitschaft zeigen müssen, die Nachteile, die durch die Erhöhung des Frauenrentenalters entstanden wären, noch besser abzufedern. Aber im Moment ist mir lieber, diese verknorzte 11. AHV-Revision endgültig vom Tisch zu haben und mit neuen Kräften und neuen Leuten einen frischen Anlauf zu nehmen. Die SP hat sich in den letzten Jahren in der Sozialpolitik darauf beschränkt, den Status quo zu verteidigen.

Die Schweiz ist ja auch nicht durch

Sozialabbau gewachsen. Es ist klar, dass die demografische Entwicklung in der AHV zu einer Finanzierungslücke führen wird. Das ist die schlechte Nachricht. Die gute ist, dass sie nur vorübergehend ist, bis nach den Babyboomern wieder geburtschwächere Jahrgänge in Rente gehen. Es geht um einen Zeitraum von 20 bis 30 Jahren ungefähr ab dem Jahr 2020, den wir überbrücken müssen. Ich gehe davon aus, dass sich dafür eine Lösung finden lässt.

Gehen Sie ernsthaft davon aus, dass die bürgerlichen Parteien jemals einer Zusatzfinanzierung zustimmen werden?

Wenn die Bürgerlichen ihre Hausaufgaben machen würden, dann sähen sie, dass die Finanzierungslücke allein von der Grössenordnung her nicht mit einer Rentenaltererhöhung gedeckt werden kann. Und: Woher sollen überhaupt all die Stellen für all diese Leute kommen? Die Rentenaltererhöhung ist eine Scheinlösung, die nur die Leute «verruggt» macht.

«Ich kann zum Gegenvorschlag zur Ausschaffungsinitiative stehen.»

Und die SP? Wird sie sich beim Rentenalter bewegen?

Ich bin schon länger der Meinung, dass wir nicht mehr über das Rentenalter sprechen sollten, sondern über die Lebensarbeitszeit. Ich kann mir vorstellen, dass man sich darauf einigt, dass 42 oder vielleicht 43 Beitragsjahre zur vollen AHV-Rente berechtigen, unabhängig vom Alter. Das hätte den Effekt, dass diejenigen, die früher mit Arbeiten beginnen und meist auch in gesundheitlich belastenden Berufen arbeiten, früher in Rente gehen als zum Beispiel Akademiker.

Zurück zum Parteiprogramm: Die EU-Frage spielt keine grosse Rolle mehr. Einzelne SP-Sektionen distanzieren sich gar von der Forderung nach einem Beitritt zur EU. Ist die SP auf dem europapolitischen Rückzug?

Nein, aber die Basis befürchtet, dass die direktdemokratischen Rechte eingeschränkt würden. Das ist der Hauptgrund für die Skepsis. Zudem glaubt man nicht mehr daran, dass die sozialen Rechte in der EU besser sind. Das war ja früher eine der Hoffnungen, die mit einem Beitritt verbunden waren. Schliesslich verlocken die Finanzprobleme der EU zurzeit niemanden wirklich, den Beitritt zu fordern.

Gehen Sie davon aus, dass die EU-Frage heute überhaupt diskutiert wird?

Das ist schwer vorzusagen. Es wird davon abhängen, ob jemand wirklich einen Antrag stellen wird, die Beitrittsfrage zu diskutieren. Sie wird aber nicht zuoberst auf der Agenda stehen.

Will man nicht darüber reden, weil es ein bisschen nach Gesichtsverlust aussehen würde, nach 15 Jahren auf Druck der Basis die Pro-EU-Position infrage zu stellen?

Nicht darüber reden? Nein. Für die meisten Leute in der SP ist die EU nach wie vor ein historisches Friedensprojekt. Für mich ist sie das immer noch.

Ich kann aber sehr gut verstehen, dass die Leute gegenüber der EU, so wie sie sich heute präsentiert, bestimmte Reserven zeigen.

Denken Sie, dass diese Reserve ein vorübergehendes Phänomen ist?

Es ist möglich, dass die EU in fünf, zehn Jahren nicht mehr bereit ist, den bilateralen Weg mit der Schweiz weiterzugehen. Weil sie vielleicht ganz andere Probleme hat. Ich halte es deshalb für klüger, wenn wir uns die Beitrittsoption offenhalten, damit wir vorbereitet sind, falls wir unter Druck kommen. Allerdings: Die Schweiz hat leider eine gewisse Tradition im Verdrängen – ich erinnere an das Bankgeheimnis.

Zuversichtlich. Anita Fetz glaubt, dass die SP Mehrheiten schaffen kann.

Foto Daniel Desborough